

GERECHTIGKEIT

CHANCEN

SICHERHEIT

RESPEKT

Wegen der Arbeit

PROGRAMM DER FSG
ZUR AK WAHL IN OBERÖSTERREICH
18.3. BIS 31.3.2014



Wegen der Arbeit

Liebe Kolleginnen und Kollegen!

Von 18. bis 31. März 2014 findet in Oberösterreich die nächste AK-Wahl statt. Ziel der Sozialdemokratischen GewerkschafterInnen (FSG) ist es, ihre Mehrheit in der Vollversammlung auszubauen, damit die äußerst erfolgreiche Arbeit der AK fortgesetzt werden kann.

In den fünf Jahren seit der letzten Wahl hat die Arbeiterkammer Oberösterreich mehr als 1,7 Millionen Beratungen und mehr als 80.000 Rechtsvertretungen durchgeführt. Dabei wurde für die AK-Mitglieder ein Gesamtbetrag von rund 500 Millionen Euro erkämpft!

Werden alle Leistungen der AK – neben den erkämpften Beträgen also auch die zahlreichen kostenlosen Dienstleistungen und Angebote von der Konsumentenberatung bis zum Bildungsbonus und den Kulturermäßigungen – in Geld bewertet, fließt der von den AK-Mitgliedern geleistete Beitrag in etwa dreifacher Höhe wieder an sie zurück. Ein günstigeres Verhältnis zwischen Kosten und Nutzen hat keine andere Institution.

Auch mit ihrer interessenpolitischen Arbeit konnte die AK Oberösterreich dank der Konsequenz der Sozialdemokratischen GewerkschafterInnen viel erreichen: Sie hat großen Anteil an Erfolgen wie den Mehrarbeitszuschlägen bei Teilzeitarbeit, dem Gratiskindergarten, dem besseren Konsumentenschutz, der bedarfsorientierten Mindestsicherung und der Neuen Mittelschule.



Es spricht für sich, dass die Arbeiterkammer während der letzten Jahre zur vertrauenswürdigsten Institution des Landes geworden ist. 91 Prozent der Beschäftigten halten sie für eine wichtige Interessenvertretung.

Bei der AK-Wahl wird entschieden, wer in der Arbeiterkammer das Sagen hat. Nur eine starke sozialdemokratische Mehrheit gewährleistet, dass die AK die Interessen der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer auch weiterhin so wirksam vertritt.

Zu tun gibt es genug. Dieses Wahlprogramm enthält die wesentlichsten inhaltlichen Ziele und Forderungen der Sozialdemokratischen GewerkschafterInnen – für Gerechtigkeit, Sicherheit, Respekt und faire Chancen.

Sorgen wir gemeinsam dafür, dass möglichst viele Kolleginnen und Kollegen von 18. bis 31. März 2014 an der AK-Wahl teilnehmen und die FSG mit ihrer Stimme unterstützen!

Andreas Stangl
FSG-Landesvorsitzender

Johann Kalliauer
*AK-Präsident und
FSG-Spitzenkandidat*



GERECHTIG

Einkommen zum Auskommen: Mindestentgelt von 1500 Euro

Wer arbeitet, muss auch davon leben können. Deshalb fordern wir Sozialdemokratischen GewerkschafterInnen einen kollektivvertraglichen Mindestlohn von 1500 Euro brutto pro Monat. Wir fordern außerdem wirksame Maßnahmen gegen das systematische Vorenthalten von Lohn und Gehalt, denn durch falsche Einstufungen oder unbezahlte Überstunden werden die Beschäftigten jedes Jahr um hunderte Millionen Euro geprellt. Den Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern muss es leichter gemacht werden, von Teilzeit- auf Vollzeitjobs zu wechseln. Dazu braucht es auch mehr Kinderbetreuungsplätze. Denn nur so haben Eltern eine freie Wahl zwischen Voll- und Teilzeitarbeit.

Arbeit steuerlich entlasten: Millionäre höher besteuern

Bei der Vermögensverteilung in Österreich gibt es eine enorme Schiefelage. Das reichste Prozent aller privaten Haushalte besitzt 38 Prozent des Gesamtvermögens, die unteren 50 Prozent besitzen weniger als fünf Prozent des Gesamtvermögens. Zugleich werden Löhne und Gehälter in Österreich hoch besteuert, Vermögen dagegen kaum. Wir Sozialdemokratischen GewerkschafterInnen fordern eine deutliche Senkung der Lohnsteuer und eine deutliche Erhöhung der Steuern auf große Vermögen. Wer ein Privatvermögen von mehr als einer Million Euro hat, soll einen angemessenen Beitrag leisten. Damit lässt sich eine Lohnsteuersenkung, die die Kaufkraft der Beschäftigten spürbar erhöht, finanzieren.

KEIT



Wegen der Arbeit

Gleiches Recht für Frauen: Einkommensschere schließen

In Österreich ist der Einkommensunterschied zwischen Männern und Frauen mit rund 25 Prozent besonders groß. Diese Schere gilt es endlich zu schließen: Gleichwertige Arbeit muss gleich entlohnt werden. Wir Sozialdemokratischen GewerkschafterInnen fordern, dass das Gesetz für verpflichtende Gehaltsangaben in Stellenausschreibungen ausgebaut und auch auf Länder, Gemeinden und freie DienstnehmerInnen angewendet wird. Dabei müssen künftig auch der Ist-Lohn oder das Ist-Gehalt beim jeweiligen Arbeitgeber ausgewiesen werden, nicht nur der Mindestlohn oder das Mindestgehalt. Vor allem aber fordern wir, dass Gesetzesverletzungen wirksam verfolgt werden.

Leistbares Leben für alle: Preise wirksam kontrollieren

Die Strafzahlungen im Lebensmitteleinzelhandel zeigen, wie es durch Preisabsprachen zu einem Österreich-Aufschlag kommen kann: In Österreich kostet eine Tiefkühlpizza um 0,58 Euro mehr als in Deutschland. Ein Warenkorb von 174 identen Drogeriewaren ist in manchen österreichischen Super- und Drogeriemärkten um 51 Prozent teurer als in München. Solche Kartelle auf Kosten der Konsumentinnen und Konsumenten werden nur selten geprüft und aufgedeckt, und wenn doch, können sich die Konzerne oft durch niedrige Bußgelder freikaufen. Wir Sozialdemokratischen GewerkschafterInnen fordern wirksame Kontrollen, die behördliche Ermittlung des entstandenen Schadens für die KonsumentInnen und die Zulassung von Sammelklagen zur Wiedergutmachung. Bußgelder dürfen nur zusätzlich verhängt werden und müssen dem Konsumentenschutz zugute kommen.

SICHERHEIT

Arbeitslosigkeit bekämpfen: Mehr staatliche Investitionen

Österreich hat zwar die niedrigste Arbeitslosenquote in der EU, trotzdem ist die Arbeitslosigkeit seit dem Jahr 2000 um rund ein Drittel gestiegen. Investitionen in Bildung, Soziales und öffentliche Infrastruktur bringen sofort mehr Beschäftigung. Wegen der steigenden Lebenserwartung wird für soziale Dienstleistungen wie Pflege und Kinderbetreuung eine größere Zahl an Arbeitskräften benötigt. Staatliche Mittel, die in diesen Bereich fließen, helfen auch Frauen beim (Wieder-)Einstieg in das Berufsleben. Wir Sozialdemokratischen GewerkschafterInnen fordern eine aktive Beschäftigungspolitik des Staates und mehr Investitionen in Bildung, Soziales und öffentliche Infrastruktur. Berufliche Weiterbildung muss stärker als bisher gefördert werden.

Pensionen müssen sicher bleiben: Nein zu Panikmache und Kürzungen

Österreich hat eines der leistungsfähigsten Pensionssysteme. Die ältere Generation ist finanziell abgesichert. EU-Berechnungen zeigen, dass die Kosten dafür nicht explodieren werden. Ein staatliches Pensionssystem ist weitaus stabiler als die private Vorsorge: Als Folge der Finanzkrise wurden viele private Pensionen stark gekürzt. Wir Sozialdemokratischen GewerkschafterInnen lehnen jede Panikmache und jede weitere Kürzung der ASVG-Pensionen ab, ebenso eine Anhebung des gesetzlichen Pensionsalters. Die Bundesregierung muss dafür sorgen, dass für die Pensionsversicherung ausreichende Mittel vorhanden sind. Der beste Weg sind eine hohe Beschäftigung und Arbeitsbedingungen, unter denen Menschen im Beruf länger gesund bleiben.



Wegen der Arbeit

Öffentliche Dienstleistungen: Vor Privatisierung schützen

Oberösterreich ist eine sehr lebenswerte Region. Das liegt auch an der hervorragenden Qualität öffentlicher Dienstleistungen, bei denen die Städte im Zentralraum führend sind. Internationale Erfahrungen zeigen, dass die Privatisierung öffentlicher Dienste für die Beschäftigten und für die Gesamtbevölkerung negative Folgen hat. Arbeitsplätze gehen verloren, die Infrastruktur wird schlechter und die Dienstleistungen werden teurer. Beispielsweise kostet im deutschen Mönchengladbach seit der Privatisierung der Müllentsorgung die Entleerung einer Mülltonne mehr als vier Mal so viel wie in Linz. Deshalb fordern wir Sozialdemokratischen GewerkschafterInnen, dass Land und Gemeinden konsequent in die öffentlichen Dienstleistungen investieren. Diese müssen auch in Zukunft hochwertig und für alle OberösterreicherInnen leistbar sein. Jeder Ausverkauf durch Privatisierung ist strikt abzulehnen.

Das Pendeln leichter machen: Öffentlichen Verkehr ausbauen

In Oberösterreich pendeln täglich hunderttausende ArbeitnehmerInnen von ihrem Wohnsitz zum Arbeitsplatz und wieder zurück. Viele legen dabei beträchtliche Strecken zurück. Die AK führt in regelmäßigen Abständen große Pendlerbefragungen durch. Die bisher letzte solche Befragung hat 2012 stattgefunden. Zwei Ergebnisse waren besonders auffallend: Das Image von Bus, Bahn und Straßenbahn hat sich stark verbessert, sodass immer mehr PendlerInnen vom Auto auf die öffentlichen Verkehrsmittel umsteigen. Und 83 Prozent der PendlerInnen – darunter sogar drei Viertel der AutofahrerInnen – wünschen sich höhere Investitionen in den öffentlichen Verkehr. Wir Sozialdemokratischen GewerkschafterInnen fordern einen gezielten Ausbau des öffentlichen Verkehrs in Oberösterreich. Außerdem treten wir für eine weitere Verbesserung der Pendlerförderung ein: Künftig soll es einen entfernungsabhängigen Aufwandsersatz geben, der wesentlich fairer ist als das jetzige Pauschale.

RESPEKT

Anerkennung statt Ausbeutung: Arbeit muss respektiert werden

Mehr als ein Fünftel der in Österreich geleisteten Überstunden werden weder in Geld noch in Zeit abgegolten. Bundesweit leiden mehr als eine Million Menschen unter psychisch belastenden Arbeitsbedingungen. Rund ein Drittel der Beschäftigten klagt über einen schlechten Führungsstil der Vorgesetzten. Wir Sozialdemokratischen GewerkschafterInnen fordern mehr Respekt vor der Leistung arbeitender Menschen. Dazu gehört eine korrekte Bezahlung, aber auch gesunde und familienfreundliche Arbeitsplätze, an denen ein positives Betriebsklima gefördert wird. Wertschätzung muss gelebt und Freizeit als solche akzeptiert werden. Wir fordern, dass die Arbeitsplätze besser auf psychische Belastungen und gesundheitliche Folgen überprüft werden. Für Unternehmen mit hohen Krankenstandszahlen muss es Konsequenzen geben. Die Mitbestimmung der Betriebsräte bei der Gesundheitsförderung ist auszudehnen.

Mehr Erholung nach 25 Jahren: Sechste Urlaubswoche für alle

Leistungsdruck und Stress nehmen in der Arbeitswelt ständig zu. Immer weniger Beschäftigte können sich vorstellen, in ihrem Beruf bis zur Pension durchzuhalten – bei den ArbeiterInnen nur 38 Prozent. Den ArbeitnehmerInnen wird eine immer höhere Flexibilität abverlangt. Jährlich wechseln fast 1,5 Millionen Österreicher ihren Arbeitsplatz. Dadurch erreichen aber nach geltendem Recht viele nie einen Anspruch auf eine sechste Urlaubswoche, obwohl sie seit mehr als 25 Jahren arbeiten. Außerdem benachteiligt die bisherige Regelung Frauen, weil deren Berufslaufbahn viel häufiger durch Kinderbetreuung oder Pflege unterbrochen wird. Wir Sozialdemokratischen GewerkschafterInnen fordern, dass nach 25 Arbeitsjahren alle Beschäftigten Anspruch auf eine sechste Urlaubswoche haben – und zwar auch, wenn sie nicht durchgehend im selben Unternehmen tätig waren.



Wegen der Arbeit

Pflege in die Hand von Profis: Hilft Familien, schafft Arbeit

Heute wird rund die Hälfte der Pflegebedürftigen von Angehörigen – meist Frauen – zu Hause betreut. Diese Situation ist für alle Beteiligten unbefriedigend. Sie kann sich nur positiv verändern, wenn pflegende Angehörige durch professionelle Kräfte entlastet werden. Dadurch würden auch neue Arbeitsplätze entstehen: Bei geeigneten Betreuungsangeboten würden bundesweit rund 30.000 Menschen eine Arbeit aufnehmen oder ihre Arbeitszeit erhöhen. Mit der Folge, dass sie im eigenen Ruhestand besser abgesichert wären. Investitionen in Pflege und Betreuung sind deshalb nicht nur eine Frage des Respekts gegenüber den Betroffenen, sondern auch ein wichtiger Faktor für die Beschäftigung und die soziale Sicherheit. Wir Sozialdemokratischen GewerkschafterInnen fordern einen massiven Ausbau der professionellen Pflege mit hohen Qualitätsstandards. Der Pflegefonds muss deshalb auch nach 2016 ausreichend finanziert werden.

Gleiches Recht für Migranten: Soziale Härten beseitigen

Viele OberösterreicherInnen kommen aus Familien, die während der letzten Jahrzehnte zugewandert sind. Meist kämpfen sie im Alltag trotz harter Arbeit mit großen Problemen. Für Wohnungen müssen sie häufig überhöhte Preise zahlen. Viele MigrantInnen werden nicht korrekt entlohnt. Im Ausland erworbene Qualifikationen finden in Österreich oft keine Anerkennung, wodurch den Betroffenen und der Wirtschaft großer Schaden entsteht. Auch das österreichische Zuwanderungs- und Aufenthaltsrecht weist im EU-Vergleich ungewöhnliche soziale Härten auf. Wir Sozialdemokratischen GewerkschafterInnen fordern die Beseitigung dieser Härten. Niemand darf auf dem Arbeitsmarkt benachteiligt werden – weder bei der Bezahlung noch bei den Aufstiegschancen. Alle Menschen müssen gleichberechtigt am gesellschaftlichen und beruflichen Leben teilhaben können. Zudem fordern wir, dass die Anerkennung von im Ausland erworbenen Qualifikationen erleichtert wird.

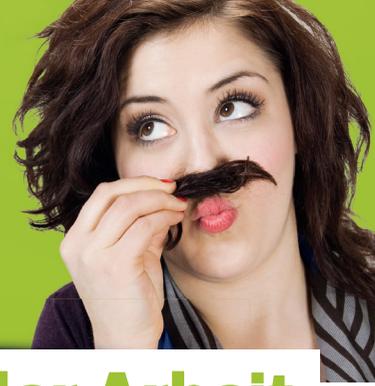
CHANCEN

Bessere Kinderbetreuung: Mehr Kleinkinderplätze

Österreich gibt viel Geld für Familien aus, nur haben leider nicht alle Familien etwas davon. Denn von der Förderung über diverse Steuervorteile profitieren gutverdienende Haushalte am meisten. Familien mit niedrigem Einkommen können diese Förderung nur wenig oder gar nicht nutzen. Fair wäre es, die Mittel für den Ausbau der Kinderbetreuungseinrichtungen zu verwenden. Denn laut Statistik Austria sind bundesweit 140.000 Beschäftigte – vor allem Frauen – gezwungen, Teilzeit zu arbeiten, um Beruf und Familie unter einen Hut zu bringen. Wir Sozialdemokratischen GewerkschafterInnen fordern deutlich mehr Kinderbetreuungsangebote mit längeren Öffnungszeiten, vor allem für Kinder unter drei Jahren. Dadurch können viele neue Arbeitsplätze geschaffen werden, die zusätzliche Steuereinnahmen bringen.

Chancen für die Jugend schaffen: Her mit der Fachkräftemilliarde

Seit den 1980er Jahren ist die Zahl der Lehrstellen in der Privatwirtschaft um ein Drittel zurückgegangen. Während die Unternehmen über den Fachkräftemangel klagen, bildet nur mehr jedes fünfte Unternehmen Lehrlinge aus. Nicht selten mangelhaft: Rund 20 Prozent der Lehrlinge fallen bei der Lehrabschlussprüfung durch. Viele treten erst gar nicht zur Prüfung an oder brechen ihre Lehre vorzeitig ab. Wir Sozialdemokratischen GewerkschafterInnen fordern eine Fachkräftemilliarde: Alle Unternehmen zahlen ein Prozent ihrer jährlichen Bruttolohnsumme in einen Topf ein. Dieser Beitrag bringt rund eine Milliarde Euro, die für bessere Lehrlingsausbildung, für überbetriebliche Ausbildungsplätze und für die berufliche Weiterbildung von ArbeitnehmerInnen verwendet werden soll.



Wegen der Arbeit

Mehr berufliche Weiterbildung: Eine bezahlte Woche pro Jahr

Angeeignetes Wissen bleibt nicht während der gesamten Berufslaufbahn aktuell. Schulwissen ist innerhalb von 20 Jahren veraltet, Hochschulwissen nach fünf bis zehn Jahren und Wissen über Informationstechnologien schon nach ein bis zwei Jahren. Ständig werden neue Technologien in die Arbeitswelt eingeführt und neue Arbeitsmethoden entwickelt. Nur regelmäßige Weiterbildung und lebenslanges Lernen können dem Wissensverlust entgegenwirken. Trotzdem haben bloß drei von zehn Beschäftigten die Unterstützung ihres Arbeitgebers, wenn sie sich beruflich weiterbilden. ArbeitnehmerInnen mit weniger Qualifikationen werden oft übergangen: Angestellte besuchen häufiger Kurse und Schulungen als ArbeiterInnen, Vollzeitbeschäftigte häufiger als Teilzeitbeschäftigte. Jene Berufstätigen, die besonders auf Weiterbildung angewiesen wären, erhalten sie also nicht. Wir Sozialdemokratischen GewerkschafterInnen fordern deshalb eine gesetzlichen Anspruch auf eine Woche Weiterbildung pro Jahr während der bezahlten Arbeitszeit.

Faire Bildungschancen für alle: Gute Ganztagschulen sind der Weg

Mehrere Untersuchungen in den letzten Jahren haben gezeigt: Bildung wird in Österreich nach wie vor vererbt. Die Wahrscheinlichkeit, dass Kinder von AkademikerInnen studieren, ist doppelt so hoch wie bei Kindern, deren Eltern nicht studiert haben. Dieser Mangel an Bildungschancen für viele Kinder ist unfair und muss ausgeglichen werden. Wir Sozialdemokratischen GewerkschafterInnen fordern eine gemeinsame Schule für alle Sechs- bis 15-Jährigen. Jedes Kind und jede/r Jugendliche/r muss eine ganztägig geführte Schule mit verschränktem Unterricht besuchen können. Denn nur in solchen Schulen steht genügend Zeit für die individuelle Förderung zur Verfügung. Das Ganztagesangebot muss auf die Unterstützung, Aktivierung und Herausforderung der SchülerInnen ausgerichtet sein – dann verbessern sich Motivation, Schulfreude und Schulnoten.

FÜR GERECHTIGKEIT, SICHERHEIT, RESPEKT UND FAIRE CHANCEN!

PROGRAMM DER FSG
ZUR AK WAHL IN OBERÖSTERREICH
18.3. BIS 31.3.2014



Medieninhaberin/Herausgeberin:
Fraktion Sozialdemokratischer
GewerkschafterInnen in der AK,
Volksgartenstraße 40, 4020 Linz
Verlagspostamt: 4020, Herstellungsort Linz,
Hersteller: Gutenberg/Werbering, Linz

sozialdemokratische.gewerkschafter@akooe.at
www.rot-bewegt.at